



Industriegewerkschaft  
Bauen-Agrar-Umwelt  
Bundesvorstand - Pressestelle  
Olof-Palme-Str. 19  
60439 Frankfurt am Main

Verantwortlich Sigrun Heil

Telefon 069-95 737 135  
Fax 069-95 737 138

presse@igbau.de  
www.igbau.de

# Mediendienst

16.09.2009 – PM 98/2009

20. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG BAU

## IG BAU für eine andere Lohnpolitik und eine globale Finanzarchitektur

**Berlin** – In seinem Grundsatzreferat auf dem Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hat sich IG BAU-Vorsitzender Klaus WieseHügel gegen Lohnverzicht und gegen Kürzungen von Sozialabgaben ausgesprochen. Die Lohnquote müsse erhöht werden durch Lohnerhöhungen, die mindestens die Inflationsrate plus das Produktivitätswachstum beinhalten. Erforderlich sei auch ein überproportionales Lohnwachstum mittels Mindestlöhnen in den Niedriglohnsektoren.

Die öffentlichen Infrastrukturen sowie das Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen müssten gestärkt werden. Statt weiterer Deregulierungen sei eine Re-Regulierung notwendig. Das Solidaritätsprinzip müsse gestärkt werden. „Dass das geht und wie es geht, zeigen wir mit der von uns vorgeschlagenen Bürgerversicherung“, sagte Klaus WieseHügel.

Nur mit einem radikalen Umdenken hätten Demokratien wirklich die Chance, die Finanz- und Wirtschaftskrise zu überwinden. „Die Ideologie der grenzenlosen Gewinnmaximierung hat ihren Kollaps erreicht“, sagte der Gewerkschaftsvorsitzende. „Wir wollen keine Versprechungen mehr, wir wollen Taten sehen“, sagt der frisch wieder gewählte Vorsitzende der IG BAU mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl.

Die IG BAU habe sich erfolgreich für Mittel aus dem Konjunkturpaket für die Bauwirtschaft eingesetzt und habe heute die Hoffnung, dass die öffentlichen Investitionen durch das Konjunkturpaket II ein allzu starkes Einbrechen der Beschäftigung verhindern.

„Die Bauwirtschaft war und ist immer ein konjunktureller Motor gewesen. Hier liegt Potential, dass wir nützen müssen“. Mit dem derzeitigen Niveau des Wohnungsneubaus sei eine weitere Mietsteigerung in Ballungsgebieten zu befürchten. Um einem drohenden Wohnungsmangel vorzubeugen, forderte WieseHügel die Verdoppelung des Abschreibungssatzes von derzeit 2 auf 4 Prozent in den ersten Jahren, die Auflegung eines KfW-Förderprogramms für den Abriss und Neubau eines Gebäudes bei nicht mehr sanierungsfähigen Wohnungsbauten und die Erhöhung, zumindest aber Verstetigung der KfW-Programme zur CO2-Gebäudesanierung über 2011 hinaus. „Eine Absenkung nach Ende 2011 darf es nicht geben“, warnte Klaus WieseHügel.

(2166 Zeichen)